



NABU: Merkel muss sich für umweltfreundlichen EU-Haushalt einsetzen

NABU: Merkel muss sich für umweltfreundlichen EU-Haushalt einsetzen
Tschimpke: Subventionen nach Gießkannen-Prinzip beenden
Brüssel - Mit dem eindringlichen Appell, in Zukunft nur noch umweltfreundliche EU-Subventionen zuzulassen, hat sich der NABU an Bundeskanzlerin Merkel gewandt. Morgen trifft die Kanzlerin in Brüssel ihre Amtskollegen aus der EU, um eine Einigung über das etwa eine Billion Euro schwere Brüsseler Budget für 2014-2020 zu erzielen. "In vielen Reden hat die Kanzlerin das 'smart spending' beschworen und gefordert, die Brüsseler Gelder künftig für echte Zukunftsaufgaben zu nutzen. Jetzt muss sie Wort halten und entsprechend verhandeln", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. In den bisher bekannten Kompromissvorschlägen für den Gipfel sei leider nicht viel von "intelligentem Geldausgeben" zu sehen. Im Gegenteil: Das einzige explizite Umweltförderprogramm (LIFE), das schon jetzt weniger als ein Viertelprozent des EU-Haushalts ausmacht (etwa 300 Millionen Euro pro Jahr), ist in akuter Gefahr, weiter gekürzt zu werden - obwohl Bundestag, Bundesrat und auch das Europaparlament noch vor wenigen Wochen eine massive Aufstockung gefordert haben. Verglichen damit gibt die EU derzeit weit über das Hundertfache für Direktzahlungen an die Landwirtschaft aus, die derzeit mit mehr als 40 Milliarden Euro pro Jahr von den Steuerzahlern subventioniert wird. "Merkel muss sich vor allem von der Agrarindustrie emanzipieren. Diese kämpft um ihre Milliardenpründe, als hätte sie ein natürliches Anrecht auf Subventionen nach dem Gießkannenprinzip", so Tschimpke. Bisher erhalten die größten Unternehmen die meisten Gelder, auch wenn sie umweltschädlicher wirtschaften. Auf dem morgigen Sondergipfel drohe agrarpolitisch gleich eine doppelte Rolle rückwärts: Zum einen blockieren viele Regierungen die von der EU-Kommission vorgeschlagenen, zaghaften Umweltauflagen für Subventionsempfänger, zum anderen wollen sie überproportional den kleineren Teil der Ausgaben kappen, der gezielt eine nachhaltige ländliche Entwicklung fördert. Angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die massiven Folgekosten von Artenschwund und Klimawandel für private und öffentliche Kassen fordert der NABU eine ökologische Schuldenbremse im EU-Haushalt. "Natur- und Klimaschutz müssen einen wesentlichen Schwerpunkt des künftigen Brüsseler Budgets bilden. Alles andere wäre auch finanzpolitisch fahrlässig", so NABU-Experte Konstantin Kreiser. Für Rückfragen: Konstantin Kreiser, NABU-Referent Internationale Biodiversitätspolitik, Tel. 0172-4179730
Claus Mayr, NABU-Direktor Europapolitik, Brüssel, mobil 0172-5966098
Weitere Informationen: Über eine on-line Kampagne des NABU und seiner europäischen Partnerverbände haben bereits tausende Bürger die Regierungschefs zum ökologischen Umsteuern aufgefordert. Mitmachen auf www.nabu.de/aktionenundprojekte/agrarkampagne/index.html #email NABU-Positionen zum EU-Haushalt: www.nabu.de/themen/umweltpolitik/umweltpolitikallgemein/13928.html 

Pressekontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

53225 Bonn

Firmenkontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

53225 Bonn

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.